



# Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

## Zentrale Steuerung ist wohl der Schlüssel zum Erfolg

19. Februar 2024

**Autor**

Jochen Möbert  
+49 69 910-31727  
jochen.moebert@db.com

Julius Schumann

**Editor**

Robin Winkler

Deutsche Bank AG  
Deutsche Bank Research  
Frankfurt am Main  
Deutschland  
E-Mail: [marketing.dbr@db.com](mailto:marketing.dbr@db.com)  
Fax: +49 69 910-31877

[www.dbresearch.de](http://www.dbresearch.de)

**DB Research Management**

Robin Winkler

Original in engl. Sprache: 23. Januar

Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit und insbesondere die Digitalisierung stehen verstärkt im Fokus. Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung schreitet nur langsam voran. In e-Government-Statistiken hat Deutschland den Anschluss an andere Industrieländer verloren.

Laut Onlinezugangsgesetz sollten bis Ende 2022 575 Prozesse digitalisiert sein. Dieses Ziel wurde deutlich verfehlt. Die Digitalisierung der vielen öffentlichen Register ist ein weiteres Mammutprojekt. Beide Projekte hängen eng zusammen. Letztlich werden sie nur von Erfolg gekrönt sein, wenn die komplett Wertschöpfungskette öffentlicher Dienstleistungen inklusive Cloud-Lösung digitalisiert wird.

Die Daten des Dashboards Digitale Verwaltung, in dem die Fortschritte des Onlinezugangsgesetzes auf Kreisebene veröffentlicht werden, zeigen deutliche Unterschiede zwischen Bundesländern an. Ursächlich sind wohl einerseits unterschiedliche sozioökonomische Eigenschaften. Insbesondere Kreise mit einer älteren Bevölkerung weisen einen geringeren Digitalisierungsgrad auf.

Andererseits ist Bayern bei der Digitalisierung erfolgreicher als andere Bundesländer. Bayern hat als eines der wenigen Bundesländer ein Digitalministerium. Unser Eindruck ist, dass Bayern auch ansonsten eine besonders zentrale Digitalstrategie fährt.

Auch im internationalen Vergleich hat sich eine zentrale Steuerung als ein entscheidender Baustein für die erfolgreiche Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung gezeigt. Nur so kann wohl ein hoher Grad an Standardisierung und Interoperabilität erreicht werden. Zudem dürfte dies nicht nur für die IT-Implementierung, sondern auch für deren Pflege und Aufrechterhaltung gelten. So dürfte das Cybersicherheitsrisiko durch eine zentral gesteuerte Einheit sinken. Ebenso dürfte es leichter sein, Datenschutzregeln effizienter umzusetzen.



## Deutschland: Ein digitaler Nachzügler in der öffentlichen Verwaltung

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist derzeit ein zentrales Thema. Bürokratie und mangelnde Digitalisierung in der Verwaltung sind seit vielen Jahren ein erheblicher Nachteil für Bürger und Unternehmen. Der dringende Handlungsbedarf bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung wurde bereits 2017 mit der Verabschiedung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) erkannt.<sup>1</sup> Das europäische Pendant Single Digital Gateway (SDG) folgte im Jahr 2018. Die im OZG zugesagten quantitativen Ziele der Regierung wurden weit verfehlt. Bis März 2023, drei Monate nach der selbst gesetzten Frist, waren bundesweit 18% der 575 ausgewählten Verwaltungsprozesse digitalisiert.<sup>2</sup> Laut einem Bericht des Bundesrechnungshofs ist selbst diese Quote überhöht.<sup>3</sup> Ein weiterer Kernbestandteil der digitalen Verwaltung ist die Modernisierung der Register. Erste Teilschritte wurden mit dem RegMoG 2021 unternommen. Es gibt mehr als 375 Register, z.B. Melderegister, Grundbücher und viele weitere. Allerdings erschweren kleine Unterschiede in den Adressdaten wie z.B. Zweitnamen, unterschiedliche Schreibweisen von Straßennamen und Ähnliches das Verknüpfen von Daten. Trotz der Dringlichkeit vollumfängliche digitale Lösungen anzubieten ist geplant, die Einführung einheitlicher Identitätsnummern zur Verbindung der Register erst bis 2028 abzuschließen.<sup>4</sup> Das daraus resultierende Fehlen einer voll digitalen Infrastruktur ist ein zentrales Hindernis für eine durchgängige Digitalisierung. Um schnell sichtbare Ergebnisse zu erzielen, konzentrierten sich die öffentlichen Digitalisierungsbemühungen auf Online-Formulare und das Frontend. Die Koexistenz, Überschneidung und Interferenz von digitaler und analoger Infrastruktur resultieren in großen Ineffizienzen. So müssen beispielsweise Online-Anträge durch persönliche Informationen und Dokumente auf Papier ergänzt werden, was zu Medienbrüchen führt. Ein Beispiel dafür ist die neue Grundsteuererklärung, die aufgrund der Reform des Grundsteuergesetzes für alle Grundstückseigentümer erforderlich ist. Hierzu musste eine Vielzahl von Dokumenten gesammelt und eingereicht werden, die entweder von der öffentlichen Verwaltung ausgestellt wurden oder bereits vor Jahren bei den Behörden eingereicht worden waren.

Infolgedessen liegt Deutschland im jüngsten DESI, einem Vergleich des digitalen Fortschritts der Europäischen Kommission, bei den E-Government-Nutzern nur auf Platz 26 (drittletzter Platz). Der schleppende Fortschritt hat weitreichende sozioökonomische Folgen. Der globale Innovationsindex (GII) berücksichtigt die digitale Verwaltung als einen wichtigen Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes.<sup>5</sup> Der Index zeigt, dass Deutschland relativ zur traditionellen Ländervergleichsgruppe bei der Digitalisierung abgeschlagen ist. Dies führt zu enormen Bürokratiekosten. In einer Studie des Normenkontrollrats (NKR) aus dem Jahr 2017 errechneten die Autoren ein Einsparpotenzial von einer Milliarde Euro pro Jahr, wenn nur die 30 wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen für Unternehmen vollständig digitalisiert würden. Darüber hinaus profitieren Unternehmen indirekt von einer besseren, digitalisierten Verwaltung, die es ihnen erleichtert, potenzielle Mitarbeiter zu gewinnen. Der Personalmangel wird oft als

<sup>1</sup> Rapp (2022). [Digitaler Aufbruch für Deutschland](#). Deutschland-Monitor, 25. Oktober.

<sup>2</sup> Röhl (2023). [Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland](#). IW-Report 20/2023.

<sup>3</sup> [onlinezugangsgesetz-volltext.pdf \(bundesrechnungshof.de\)](#)

<sup>4</sup> [Registermodernisierung – Staatsministerium für Digitales \(bayern.de\)](#)

<sup>5</sup> Moebert, Jochen and Julius Schumann (2023): [Germany's competitiveness between pioneer and laggard \(dbresearch.com\)](#)



## Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

---

größtes Hindernis für wirtschaftlichen Erfolg genannt.<sup>6</sup> Zudem könnten private Haushalte satte 84 Millionen Stunden pro Jahr einsparen.<sup>7</sup>

### Die Hauptgründe für die digitale Trägheit

Die Kommunen sind oft in der Verantwortung. Für einige Prozesse sind aber auch die Länder und der Bund zuständig. So ist beispielsweise der Bund für die Digitalisierung der Prozesse der Bundesagentur für Arbeit zuständig. Regelmäßig ist aber eine Abstimmung zwischen allen staatlichen Ebenen notwendig. Da zu viele Köche den Brei verderben, wird die Digitalisierung durch diese verteilten Zuständigkeiten behindert. Doch laut einer umfassenden Umfrage des Branchenverbandes Bitkom<sup>8</sup> sind weitere strukturelle Hindernisse am Werk. Zum einen leidet die öffentliche Verwaltung unter einer mangelnden Finanzierung. Zum anderen ist der Mangel an Mitarbeitern mit digitalen Kompetenzen ein weit verbreitetes Problem. Fast die Hälfte der Kommunen (47%) gibt an, dass nur wenige ihrer Mitarbeiter mit grundlegenden digitalen Werkzeugen, wie z.B. Videokonferenzen, umgehen können. Drittens gibt es neben dem Mangel an digitalen Fähigkeiten auch einen allgemeinen Mangel an Arbeitskräften in der öffentlichen Verwaltung. Der dbb beamtenbund schätzte im Jahr 2021, dass allein in den Kommunalverwaltungen über 145.000 Beschäftigte fehlen.<sup>9</sup> Viertens ist das Durchschnittsalter der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung hoch. Bis Ende der 2020er Jahre wird etwa ein Viertel der derzeitigen Beschäftigten in den Ruhestand gehen, was den derzeitigen Mangel vermutlich noch verschärfen wird. Diese Defizite bilden einen Teufelskreis, da Zeit- und Personalmangel die Digitalisierung verhindern und nicht digitalisierte Prozesse mehr Personal erfordern und Ressourcen in traditionellen, d.h. analogen, Lieferketten binden.

### Regionales „Digital divide“: Es existieren große Unterschiede zwischen Kreisen und Bundesländern

Die folgende Analyse basiert auf Daten des Portalverbundes Online-Gateway (PVOG) und des Bundesministeriums des Innern (BMI), die im OZG-Dashboard online dargestellt sind.<sup>10</sup> Damit analysieren wir den Fortschritt bei der Digitalisierung von 400 Landkreisen (NUTS-3), den kleinteiligsten verfügbaren Daten. Die Fortschritte auf kommunaler Ebene sind nicht dokumentiert, obwohl sie für wichtige Entscheidungen verantwortlich sind. Die Daten zeigen eine immense digitale Kluft zwischen den Regionen. Die Spanne der umgesetzten Prozesse beträgt 151 bis 330 (von insgesamt 575). Wie erklärt sich diese Heterogenität? Auffällig ist der Vorsprung Bayerns. Eine Indikatorvariable **Bayern** als einziger Regressor neben einer Konstanten erklärt einen Unterschied von 72 umgesetzten Prozessen. Im Durchschnitt haben die bayerischen Bezirke 270 Verfahren umgesetzt, die Bezirke in den anderen Bundesländern dagegen nur 198. Die einfache Regression erklärt mehr als 6% der Variation über die Kreise. Das Histogramm zeigt die überdurchschnittliche Leistung Bayerns und eine geringe Standardabweichung. Dies legt nahe, dass die Einführung nicht nur in bestimmten Regionen, sondern im gesamten Bundesland erfolgreicher ist. Wir denken, dass ein wesentlicher Unterschied in Bayern zu anderen Bundesländern eine zentrale IT-Strategie ist. So gibt es in Bayern beispielsweise ein reines

---

<sup>6</sup> DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2023

<sup>7</sup> [Mehr Leistung für Bürger und Unternehmen: Verwaltung digitalisieren. Register modernisieren. \(bund.de\)](https://www.bund.de)

<sup>8</sup> [Bitkom: Corona hat in Kommunen einen Digitalisierungsschub ausgelöst | Presseinformation | Bitkom e.V.](https://www.bitkom.de)

<sup>9</sup> [https://www.dbb.de/fileadmin/user\\_upload/globale\\_elemente/pdfs/2021/210329\\_dbb\\_Personalbedarfe\\_oeD.pdf](https://www.dbb.de/fileadmin/user_upload/globale_elemente/pdfs/2021/210329_dbb_Personalbedarfe_oeD.pdf)

<sup>10</sup> [Dashboard Digitale Verwaltung \(ozg-umsetzung.de\)](https://www.o zg-dashboards.de) Trotz Kontaktaufnahme mit PVOG und BMI mussten wir die Daten aus dem öffentlich einsehbaren Dashboard manuell exportieren.



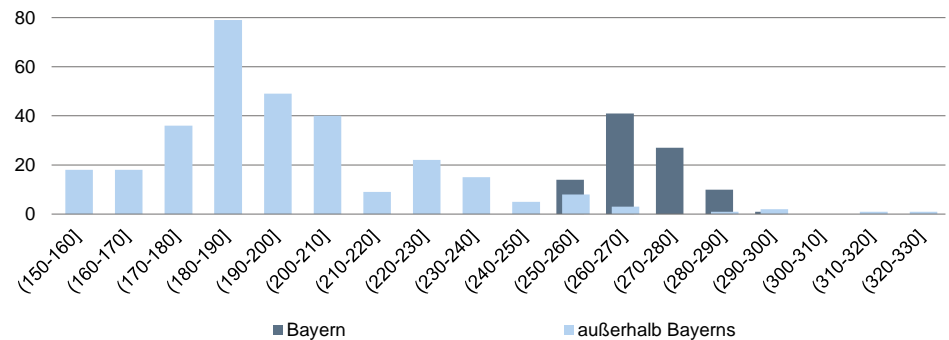
## Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

Digitalministerium, während die meisten anderen Bundesländer kein reines Digitalministerium aufweisen. Eine zentrale Aufgabe des Ministeriums ist die Unterstützung der OZG-Einführung, insbesondere die Initiative „Bayern-Pakete“ ist von Bedeutung. Über dieses Programm können die Kommunen 200 Einzelverfahren bestellen, die zentral bereitgestellt werden.

„Digital divide“ zwischen Bayern und dem Rest

1

y-Achse: Anzahl Kreise, x-Achse: Anzahl von implementierten OZG-Prozessen in Kreisen



Quellen: PVOG, Deutsche Bank Research

Weitere Kreisvariablen verbessern unsere Schätzung. Wir fügen jeweils acht sozioökonomische Variablen aus einer Datenbank der Bundesagentur für Arbeit<sup>11</sup> in die bivariate Regression ein (siehe Abbildung 2 und 3 im Anhang). Die Variable **Elderlies**, definiert als der Anteil der Bürger zwischen 60 und 80 Jahren in einem bestimmten Landkreis, weist eine besonders starke negative Korrelation mit den umgesetzten OZG-Prozessen auf.

$$OZG = \alpha + \beta * Elderlies + \gamma * Bayern + \epsilon$$

Ein Landkreis, in dem ceteris paribus ein Prozent mehr Ältere leben, hat 2,66 weniger OZG-Prozesse umgesetzt. Der Median über alle Landkreise liegt bei 22,9%. Das Minimum liegt bei 16,3% in Frankfurt und das Maximum bei 31,0% in Suhl. Die Differenz in diesen beiden Landkreisen, die durch den unterschiedlichen Anteil älterer Menschen erklärt wird, beträgt also 40 OZG-Prozesse.

Vermutlich wirkt der Anteil der älteren Einwohner eher indirekt als direkt. Erstens ist die Variable stark negativ mit dem Medianeinkommen und dem Anteil komplexer Tätigkeiten auf dem lokalen Arbeitsmarkt korreliert, was die geringere Wirtschaftskraft eines Kreises widerspiegelt. Dies geht häufig auch mit relativ niedrigen oder sogar sinkenden Steuereinnahmen einher.<sup>12</sup> Zweitens ist auch die Alterung negativ mit der Bevölkerungsdichte und der Einwohnerentwicklung korreliert. So ist bundesweit das natürliche Einwohnerwachstum seit Jahrzehnten negativ, zudem findet eine Binnenwanderung in die Ballungsräume statt. Dadurch sind diese Regionen besonders vom Mangel an IT-Fachkräften bedroht. Drittens könnte ein höherer Anteil älterer Menschen sowohl eine geringere Bereitschaft zur Digitalisierung auf Verwaltungsebene als auch eine geringere Nachfrage nach digitalen Dienstleistungen seitens der Bürger und Unternehmen bewirken. In einem solchen Umfeld sind die Politiker möglicherweise auch weniger ehrgeizig bei der Umsetzung von Reformen. Tatsächlich gibt jede fünfte Kommune an, dass sie keine zentrale digitale Strategie hat und diese auch nicht für relevant hält. Viertens ist die Digitalisierung in kleinen Kommunen mit relativ hohen Kosten verbunden, die zum Teil auf geringere Skalenerträge zurückzuführen sind. So kann beispielsweise die Digitalisierung eines

<sup>11</sup> Diese Daten sind im „Faktencheck“ öffentlich zugänglich und wurden uns auf Anfrage im Rohdatenformat bereitgestellt. [Faktencheck zum Arbeitsmarkt – Arbeitsmarktmonitor \(arbeitsagentur.de\)](#)

<sup>12</sup> [Das Land lebt! \(bmel.de\)](#)



## Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

---

Prozesses für kleine Gemeinden genauso teuer sein wie für große. Unsere Ergebnisse decken sich mit anderen Ergebnissen über die regionale digitale Kluft.<sup>13</sup> Man kann festhalten, dass die Gründe für den allgemeinen Digitalisierungstau sehr ähnlich sind wie für die regionale digitale Kluft.

### Mehr Zentralisierung scheint der Hauptlösungsbaustein

In Deutschland sind viele verschiedene Akteure auf den föderalen Ebenen an der Koordinierung, Genehmigung, Erstellung, Umsetzung und Verwaltung digitaler Dienste beteiligt. Eine vollständige digitale Lieferkette umfasst die Entwicklung und das Testen, den Einsatz und die Überwachung sowie die Wartung und Dokumentation der wichtigsten Softwarekomponenten. Gleichermäßen muss die Hardware effizient installiert, gewartet und verwaltet werden. Diese Elemente einer IT-Architektur müssen effizient koordiniert werden, um ein hohes Maß an Interoperabilität und Standardisierung zu erreichen. Andere Länder haben gezeigt, dass eine Beschleunigung der Digitalisierung eine zentralisierte Governance-Struktur erfordert, bei der Entscheidungen aus einer Hand erfolgen.<sup>14</sup>

Eine zentrale IT-Kompetenz kann auch eine effiziente Modernisierung von Registern erzwingen. Um die riesigen Datenmengen, die in Registern erfasst werden, zu verarbeiten und zu vernetzen, sind Cloud-Lösungen unerlässlich. Dies garantiert einen ungehinderten Informationsfluss und damit die Einhaltung des **Once-only-Prinzips**, d. h., dass personenbezogene Daten nur einmal für alle öffentlichen Dienste eingereicht oder aktualisiert werden müssen. Es ermöglicht auch **vorausgefüllte Formulare**, d.h. Namen, Adressen und andere Standardmerkmale eines Bürgers oder einer Firma werden bei neuen Anträgen automatisch aus Registern gezogen. Eine rasche Einführung in allen Gemeinden würde auch der Idee des **Prinzips „Einer für alle“** (EfA) entsprechen, welches bereits einige Zeit als Ziel definiert ist und das Lernen zwischen den Kreisen von Vorreitern bei einzelnen digitalen Dienstleistungen umfasst. Die Zentralisierung könnte ein entscheidender Faktor für eine wesentlich effizientere Bürokratie sein.

Eine zentrale Verwaltungseinheit ist auch wichtig, um Größenvorteile zu nutzen. Cloud-Lösungen und durchgängig digitalisierte öffentliche Dienste dürften die Entwicklungs- und Implementierungskosten zum Nutzen aller Kommunen erheblich senken. Ebenso dürfte eine Bündelung der Kompetenzen auch die Koordinierungskosten zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen reduzieren. Dies verringert die finanzielle Belastung der Kommunen und trägt damit zur Finanzierung der Digitalisierung insgesamt bei. Schließlich, und das ist von großer Bedeutung für eine hohe Nachfrage nach digitalen Dienstleistungen, dürfte eine zentrale Verwaltung den Datenschutz effizient gewährleisten. Das Gleiche gilt für die Verhinderung von Cyberangriffen, ein Thema, das den Zugang zu kommunalen digitalen Dienstleistungen immer wieder einschränkt, manchmal mit katastrophalen Folgen. Nicht zuletzt würde eine solche umfassende zentrale Governance-Struktur auch das notwendige Rückgrat für den erfolgreichen Einsatz von KI-Lösungen bilden. Ohne eine solche umfassende Architektur können Daten nicht gemacht werden und das volle Potenzial moderner Algorithmen nicht ausgeschöpft werden.

Jochen Möbert (+49 69 910-31727, [jochen.moebert@db.com](mailto:jochen.moebert@db.com))  
Julius Schumann

---

<sup>13</sup> Schleife, Katrin (2010). What really matters: Regional versus individual determinants of the digital divide in Germany. Res Policy 39:173-185 <https://doi.org/10.1016/j.respol.2009.11.003>. Thoniphar et al. (2020): Assessing the Digital Divide and its Regional Determinants: Evidence from a Web-Scraping Analysis", Volkswirtschaftliches Institut für Mittelstand und Handwerk [https://ifh.wiwi.uni-goettingen.de/site/assets/files/2301/ifh\\_wp-25\\_2020.pdf](https://ifh.wiwi.uni-goettingen.de/site/assets/files/2301/ifh_wp-25_2020.pdf)

<sup>14</sup> Kuhn and Balta (2023). Government as a Platform in Deutschland. Karrer and Ahlers (2023). Rechtliche Wege hin zum föderalen Plattform-Ökosystem. Beides NEGZ, Impulspapiere.



Anhang

Multivariate Regression  
OZG auf „Bayern“ und dritte Variable

2

Dritte Variable	Koeffizient	Standardisierter Koeffizient
Elderlies	-2,66***	-0,20***
Pop_density	0,001***	0,21***
Median_income	0,001**	0,09**
Unempl	1,08	0,06
Tertiary_workers	0,48***	0,13***
Pop_change	0,62***	0,12***
Complex	0,83***	0,13***
Attracting_youngs	1,77***	0,17***
Signifikanzniveaus	*** 0,001 ** 0,01 * 0,05	

Quelle: Deutsche Bank Research

Definitionen und deskriptive Statistiken der Kreisvariablen

3

Variablenname plus Legende	Mittelwert	Median	Standardabweichung
<b>Elderlies</b> Anteil der 60-80-Jährigen an der Einwohnerzahl insgesamt	23,27	22,90	2,90
<b>Pop_density</b> Zahl der Einwohner pro Quadratkilometer	592	244	722
<b>Median_income</b> Durchschnittliche Bruttolöhne in EUR von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (FTE) ohne Lehrlinge	3578	3583	375
<b>Unempl</b> Jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen relativ zu zivilen Erwerbspersonen	4,91	4,60	2,09
<b>Tertiary_sector</b> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im tertiären Sektor relativ zu allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	67,6	68,2	10,8
<b>Pop_change</b> Prozentuale Veränderung seit 2005, Definition Hauptwohnsitz	-0,31	0,53	7,69
<b>Complex</b> Anteil der sozialversicherungspflichtigen Spezialisten oder Experten (gemäß der Berufsklassifikation) relativ zu allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten	25,0	23,3	6,0
<b>Pop_change_young</b> Nettozuwachs der 18-24-Jährigen Einwohner relativ zu allen 18-24-Jährigen im Kreis	0,66	-0,44	3,70

Quelle: Deutsche Bank Research

© Copyright 2024. Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Research, 60262 Frankfurt am Main, Deutschland. Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die vorstehenden Angaben stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers wieder, die nicht notwendigerweise der Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen entspricht. Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung geändert werden. Die Meinungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen von der Deutsche Bank veröffentlichten Dokumenten, einschließlich Research-Veröffentlichungen, vertreten werden. Die vorstehenden Angaben werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Angemessenheit der vorstehenden Angaben oder Einschätzungen wird keine Gewähr übernommen.

In Deutschland wird dieser Bericht von Deutsche Bank AG Frankfurt genehmigt und/oder verbreitet, die über eine Erlaubnis zur Erbringung von Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen verfügt und unter der Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) steht. Im Vereinigten Königreich wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Filiale London, Mitglied der London Stock Exchange, genehmigt und/oder verbreitet, die von der UK Prudential Regulation Authority (PRA) zugelassen wurde und der eingeschränkten Aufsicht der Financial Conduct Authority (FCA) (unter der Nummer 150018) sowie der PRA unterliegt. In Hongkong wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Hong Kong Branch, in Korea durch Deutsche Securities Korea Co. und in Singapur durch Deutsche Bank AG, Singapore Branch, verbreitet. In Japan wird dieser Bericht durch Deutsche Securities Inc. genehmigt und/oder verbreitet. In Australien sollten Privatkunden eine Kopie der betreffenden Produktinformation (Product Disclosure Statement oder PDS) zu jeglichem in diesem Bericht erwähnten Finanzinstrument beziehen und dieses PDS berücksichtigen, bevor sie eine Anlageentscheidung treffen.